



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP)

**und**

## **Antwort**

**der Landesregierung** – Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

### **Nachverhandlungen über den Status des Vorlandes von St. Margarethen**

Im Protokoll der 20. Sitzung des Wirtschaftsausschusses wird der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr indirekt mit der Aussage zitiert,

„[e]r, M Austermann, wolle hier ausdrücklich erklären, dass er nach dem Kabinettsbeschluss, der als einen dritten Punkt beinhaltet habe, dass der Ministerpräsident beauftragt werde, mit der EU-Kommission zu verhandeln, um sicherzustellen, dass auch bei einer Unterschützstellung industrielle Betätigung in dem Maße, in dem man es für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel vor vielen Jahren einmal angedacht habe, möglich sein werde, dem Beschluss insgesamt habe zustimmen können.“

(Schleswig-Holsteinischer Landtag, Niederschrift, Wirtschaftsausschuss, 20. Sitzung am 08.02.2006, S. 11).

In ihrem Bericht zur Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel berichtete die Landesregierung,

„[u]m eine Verurteilung durch den EuGH zu vermeiden, sieht sich die Landesregierung jedoch gezwungen, trotz dieser Zweifel das St. Margarethener Vorland gänzlich nachzumelden. Sie wird die Kommission vor Listung des vorgeschlagenen Gebietes um ein Gespräch über die genannten Argumente bitten.“

(Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 16/640 vom 14.03.2006, S 11).

Hat das Gespräch mit der EU-Kommission schon stattgefunden?

Wenn ja, wann fand es statt, wer nahm daran teil, was hat sich ergeben und wie beurteilt die Landesregierung dieses Ergebnis?

Wenn nein, hat die Landesregierung bereits einen Termin für dieses Gespräch vereinbart, und wer soll die Landesregierung bei diesem Gespräch vertreten?

Wenn nein, warum nicht, wann wird die Landesregierung die EU-Kommission um dieses Gespräch bitten, und wer soll die Landesregierung bei diesem Gespräch vertreten?

Das Gespräch mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat noch nicht stattgefunden.

Das Gespräch wird zurzeit vorbereitet. Als Termin ist der 29. Mai 2006 vorgesehen. Der Teilnehmerkreis ist noch nicht endgültig festgelegt. In jedem Fall wird aber die Landesregierung durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vertreten sein.